№ 314 Morgen-Ausgabe
A 134

Berlin Vossische Zeitung

Gegründet 1704

Freitag, 4. Juli 1924

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder". Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Recht und Leben, Tennen — Sport — Spiel, Für Reise und Wanderung.

Wöchentlich 1.— Goldmark durch unsere Boten. Bezug durch die Post 4.30 Goldmark. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark: mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteile): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 2600—2663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686—2695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Die Landeschefs für Durchführung.

Billigung der Reichsregierung.

Nur Mecklenburg-Schwerin schließt sich aus.

Die Reichsregierung beriet gestern in eingehenden Erörterungen mit den Staats- und Ministerpräsidenten der Länder die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens. Mit Ausnahme des Vertreters von Mecklenburg-Schwerin erkannten alle Chefs der Länderregierungen trotz schwerwiegender Bedenken gegen manche in dem Gutachten enthaltenen Forderungen erneut das Vorgehen der Reichsregierung, die baldige Durchführung des Sachverständigen-Gutachtens zu erreichen, als richtig an.

Das englische Einladungsschreiben.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

A. R. **Paris**, 3. Juli.

In später Abendstunde veröffentlicht das französische Ministerium des Auswärtigen folgende amtliche Meldung:

„Die englische Regierung hat soeben den interessierten Mächten die Einladungen zu der Konferenz von London am 16. Juli zugehen lassen. Da die französische Regierung als tatsächlich eingeladen betrachtet wird, hat sie diese offizielle Einladung nicht erhalten. Sie hat aber von dem Inhalt des Dokumentes Kenntnis erhalten. Die verschiedenen Punkte, die darin entwickelt werden, müssen als ausschließlich britische Vorschläge betrachtet werden, welche in keiner Weise Gegenstand eines vorherigen Uebereinkommens zwischen den Regierungen bildeten."

In offiziellen französischen Kreisen erklärt man, daß, was auch immer die Einladungsschreiben enthalten mögen, sie nur die englische Regierung verpflichten. Das Wesentliche an dieser Veröffentlichung ist, daß Ministerpräsident Herriot auf diesem Wege erklärt, keinerlei Verpflichtungen im Sinne der englischen Programmwünsche übernommen zu haben. Aus diesem Communiqué scheint doch hervorzugehen, daß die französische Regierung die englischen Programmwünsche nicht zu akzeptieren beabsichtigt.

wbc **London**, 3. Juli.

Der vielfach offiziös informierte „Evening Standard" veröffentlicht heute in großer Aufmachung Mitteilungen über Englands voraussichtliche Stellungnahme auf der Londoner Konferenz vom 16. Juli, die, wenn sie auch nicht als amtliche Erklärungen bezeichnet werden können, doch zweifellos als Versuchsballon einen erheblichen Wert beanspruchen, weil sie offenbar darauf berechnet sind, festzustellen, wie die Alliierten, vor allem das widerstrebende Belgien, das zurzeit die größten Schwierigkeiten bereitet, sich zu einer derartigen von England der Konferenz zugrunde zu legenden Verhandlungsbasis verhalten würden.

Man kann die Mitteilungen folgendermaßen zusammenfassen: Die Alliierten werden im ersten Teil der Konferenz unter sich nur über die Anwendung des Dawesberichts verhandeln. Zum zweiten Teile der Konferenz wird Deutschland zugezogen werden, mit dem man in gemeinsamen Verhandlungen ein Abkommen aufsetzen wird, das von der grundlegenden Erklärung ausgeht, daß alle unterzeichnenden Mächte den Dawesbericht vorbehaltlos annehmen. In dem Abkommen wird dann festgesetzt werden, daß Deutschland bis zu einem gewissen Datum alle Maßnahmen durchgeführt haben muß, um die Anwendung des Dawesplanes zu ermöglichen. Die Alliierten verpflichten sich ihrerseits, binnen einer ganz kurzen Frist von wenigen Wochen nach Ablauf der Deutschland gesetzten Frist alle wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen, die zurzeit gegen Deutschland angewendet werden, aufzuheben, wenn Deutschland feststeht seinerseits die erforderlichen Maßnahmen durchgeführt hat.

Im Geist des Dawesberichts soll dann im Abkommen eine Erklärung der Alliierten niedergelegt werden, wonach sie sich verpflichten, die wirtschaftlichen und finanziellen Sanktionen gegen Deutschland nur im Falle einer „gröblichen Verletzung" der Verpflichtungen von deutscher Seite wieder in Kraft treten zu lassen. Jede Verletzung der Verpflichtungen, die aus dem Dawesplan hervorgehen, soll in Zukunft von einer Körperschaft geprüft werden, die von der Reparationskommission völlig unabhängig ist. Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung bestimmter Bestimmungen des Dawesplanes sollen vom Internationalen Schiedsgerichtshof im Haag geprüft und entschieden werden.

In Ergänzung dieser Mitteilungen des konservativen Abendblattes ist darauf hinzuweisen, daß die Ausschaltung der Frage der Aufhebung der militärischen Besetzung des Ruhrgebiets aus dem Konferenzprogramm keineswegs als ein Zeichen dafür betrachtet werden darf, daß England sich in dieser Beziehung desinteressiert hat. Es ist vielmehr anzunehmen, daß England noch im Laufe dieses Jahres, wahrscheinlich unmittelbar nach Verhandlung über die Sicherheitsfrage in Genf Veranlassung nehmen wird, auch über die Räumungsfristen Vereinbarungen unter den Delegierten herbeizuführen. Eine grundsätzliche Klärung dieser Frage unter den Alliierten ist schon deswegen notwendig, weil am 10. Januar 1925 die Frage der Räumung der ersten Zone des linksrheinischen Gebiets, insbesondere des von England besetzten Kölner Brückenkopfes akut wird. Nach Auffassung der französischen Militärsachverständigen ist es nicht erwünscht, daß die Besetzung des Ruhrgebiets über den Zeitpunkt der militärischen Besetzung des Kölner Brückenkopfes hinaus ausgedehnt wird, weil dann die Besatzungsarmee auf dem rechten Rheinufer nicht über genügend gut gesicherte Verbindungswege verfügen würde. Da Herriot aber gegenüber englischen Unterhändlern erklärt haben soll, daß er eine zeitliche Ausdehnung der Besetzung des linken Rheinufers über die Fristen, die im Friedensvertrag vorgesehen sind, nicht in Aussicht nimmt, also die von Poincaré geplante Besetzung von Köln nach dem 10. Januar 1925 durch französische Truppen nicht in Frage kommen dürfte, so ist daraus bereits eine in den obwaltenden Verhältnissen gegebene Befristung der Besetzung des Ruhrgebiets zu folgern. Die große Wahrscheinlichkeit, daß die militärische Besetzung des Ruhrgebiets höchstens sechs Monate noch dauern wird, wird durch die Mitteilungen gestützt, die in neuester Zeit gut informierte englische Journalisten in der „Times" und im „Daily Telegraph" gemacht haben, wonach die militärische Besetzung des Ruhrgebiets eine Angelegenheit sei, die wahrscheinlich „binnen einiger Monate" erledigt sein werde.

Botschafter-Konferenz und Antwortnote.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Paris**, 3. Juli.

Die Botschafterkonferenz trat heute vormittag unter dem Vorsitz Cambons am Quai d'Orsay zu einer Sitzung zusammen, in der sie den Bericht des interalliierten Militärkomitees über die Militärkontrolle in Deutschland zur Kenntnis nahm. Es ergab sich, daß die Mitglieder unter Vorbehalt der Zustimmung ihrer Regierungen über die allgemeinen Richtlinien der Antwortnote, welche die Botschafterkonferenz auf die deutsche Note vom 30. Juni an die deutsche Regierung senden wird, einig sind.

„Libre Belgique" bezeichnet den Eindruck der deutschen Militärkontrollnote in den amtlichen Kreisen von Brüssel als im allgemeinen befriedigend und hebt hervor, daß sie entgegen den früheren Meldungen „keinerlei Vorbehalte" mache. Die zuständigen belgischen Kreise sähen vor allem in dem Passus betreffend die Beendigung der Kontrolle bis zum 30. September keine Bedingung, sondern einen einfachen Wunsch, gegenüber dem die Alliierten Handlungsfreiheit hätten. Die liberale und sozialistische Presse erklärt sich unter dem üblichen Vorbehalt gleichfalls grundsätzlich befriedigt.

Heute:
Sport, Spiel und Turnen

Die Katastrophe.

Wie es kam?

Von

Hofrat **Dr. Karl Brockhausen**,
Professor an der Universität Wien.

In diesen Wochen erinnert jeder Tag an die weltumwälzende Katastrophe des Krieges. Die nachfolgenden Ausführungen des Wiener Historikers werden deshalb gerade jetzt besonderes Interesse erwecken. Der Verfasser beabsichtigt, sie in erweiterter Form unter dem Titel „Europa von 1914 bis 1924" als Buch erscheinen zu lassen.

Die ungeheure Spannung, welche vor dem Weltkriege über Europa lagerte, ließ einen Europakrieg vorherahnen. Wenn die größere Hälfte der Staaten mit ihren Grenzen und die Mehrheit der Nationen mit ihrer Stellung in diesen Staaten unzufrieden war, dann konnte nur eine fast übermenschliche Gegenwirkung die gewaltsame Entladung verhindern. Nicht, daß es zum großen Krieg gekommen ist, darf wundernehmen; ein größeres Wunder wäre es, wenn er ausblieb. Dazu kommen natürlich noch die wirtschaftlichen Kriegsursachen, die jedoch im Rahmen dieser Darstellung zurücktreten, weil sie ein mindestens ebenso starkes Gegengewicht gegen jede gewalttätige Lösung in der wirtschaftlichen Ueberlegung und geschäftlichen Vernunft enthalten.

Dennoch kann man an einer sozialökonomischen Tatsache nicht schweigend vorübergehen, die Europa bedrohte. Es ist seine Volksvermehrung um das Zweieinhalbfache seit 1800. Damit ist die Bevölkerungsdichte in Europa auf 45 Menschen pro Quadratkilometer gestiegen, während in Asien 21, in Amerika 5,5, in Afrika 4,4, in Australien 0,9 Bewohner auf den Quadratkilometer entfallen. Im Vergleiche zu den anderen Erdteilen ist Europa also wesentlich übervölkert, um das Doppelte, Zehnfache, zu Fünfzigfache. Großdem lag darin keine Gefahr für Europa, wenn dessen Bevölkerung gleichmäßig verteilt und sein kulturfähiges Land zur Gänze kultiviert wäre. Denn dann würden auf einen Quadratkilometer kulturfähigen Landes, der immerhin hundert Menschen ernähren kann, doch nur 85 Bewohner entfallen. Aber weder ist das kulturfähige Land Europas wirklich voll der Kultur angeführt, (nur ungefähr 50 p. H.), noch ist die Verteilung der Bevölkerung eine gleichmäßige. Spanien hat nach dieser Berechnung um 10 Millionen, Rußland sogar gegen 100 Millionen zu wenig Bewohner, während in Großbritannien und in Deutschland je 24, in Italien 15, im (alten) Oesterreich 10, in Frankreich 1,8 Millionen Menschen mehr leben, als der Boden ernähren kann. Dieses Ernährungsbedürfnis macht sie von der Umwelt abhängig, und die Uebervölkerung drängte West- und Zentraleuropa dazu, sich in den Besitz von außereuropäischen Kolonien und Absatzmöglichkeiten zu setzen. Solche Rivalität konnte den Frieden im Innern des Weltteiles bedrohen; aber gerade diese Zankäpfel ließen sich durch weise Vereinbarungen aufteilen, und dies geschah auch in der Vorkriegszeit. Bismarck hat Frankreich geradezu aufgemuntert, sich in Nordafrika auszubreiten, und ihm weder Verlegenheiten bereitet noch solche ausgenützt; Frankreich und England machten Frieden nach Faschoda, und England und Deutschland fanden den Weg zum Ausgleiche sogar noch unmittelbar vor dem Weltkriege.

Wirklich bedenklich blieb die andere Seite der Bevölkerungszunahme, nämlich deren Ungleichmäßigkeit, und das gilt hauptsächlich in dem Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland. Beide Länder hatten im Jahre 1600, also vor rund 300 Jahren, fast die gleiche Volkskraft, etwa 20 Millionen. Dann verwüstete der Dreißigjährige Krieg Deutschland furchtbar; am Ende desselben (1648) war es fast auf die Hälfte (12 Millionen) herabgesunken. Ueberdies vermehrte Frankreich durch die gewaltsame Einverleibung des deutschen Elsaß 20 Jahre nach dem Friedensschlusse seine Volkszahl einigermaßen auf Kosten Deutschlands. So blieb Deutschland, obwohl es sich langsam erholte, durch weitere 170 Jahre hinter Frankreich zurück. Erst 1850 treffen sich die Ziffern wieder, wie einst um das Jahr 1600, und zwar diesmal bei der Höhe von 36 Millionen in jedem der beiden Länder. Von da ab bleibt Frankreich nahezu stationär, indes Deutschlands Bevölkerung stetig anwächst; bereits vor dem Kriege von 1870/71 war Deutschland um drei Millionen volksreicher als Frankreich; der Erwerb von Elsaß-Lothringen mit eineinhalb Millionen verschob das Kräfteverhältnis abermals, Frankreich zählte jetzt 36, Deutschland 42 Millionen. Das geburtenarme Frankreich bleibt im Vergleiche zu Deutschland stetig zurück; es hält im Kriegsjahre 1914 bei 39 Millionen, während Deutschland sich den 70 Millionen nähert. Diese andauernde Ungleichmäßigkeit der Volksvermehrung macht die Angst Frankreichs vor den Deutschen begreiflich. Eine unfruchtbare Mutter blickt mit Scheu und Besorgnis auf die fruchtbare Schwester, und so versteht man den grausamen Ausspruch, es seien 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt! 500 Jahre dauert diese Geburtenrivalität, und nach dem Kriege zeigt sich, daß das vergrößerte Frankreich in noch weiterem Abstande hinter dem verkleinerten Deutschland zurückbleibt.